

Erste Zwischenfälle in Straßburg

Vor dem NATO-Gipfel in Straßburg ist es zu ersten Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen. Für Mittwoch werden weitere Proteste erwartet.

Drei Tage vor Beginn des NATO-Gipfels hat es in Straßburg erste Zusammenstöße zwischen Gipfelgegnern und Polizisten gegeben. Nach Angaben der Polizei im Elsass kam es in der Nacht zum Mittwoch zu Auseinandersetzungen, als rund 150 NATO-Gegner in der Nähe ihres Protestcamps im Süden der Stadt im Elsass gegen Polizeikontrollen protestierten. Sie hätten dabei Steine auf Hubschrauber und Fahrzeuge der Einsatzkräfte geworfen, sagte ein Polizeisprecher. An die hundert von ihnen seien "vermummt und aggressiv" gewesen. Verletzte habe es nicht gegeben. Nach Angaben der Organisatoren des Lagers setzte die Polizei Tränengas und "Schockgranaten" ein.

Die im Protestlager versammelten NATO-Gegner werfen den französischen Behörden zahlreiche Einschüchterungsversuche vor. Nach ihren Angaben wurde das Lager mehrfach nachts von Hubschraubern mit starken Scheinwerfern überflogen. Entgegen den Zusagen der Präfektur seien auch Polizisten mit ihren Autos in das Camp gefahren, sagte ein Sprecher.

Bis zu 20.000 Demonstranten

Gegen den Gipfel, der am Freitag und Samstag in Baden-Baden, Kehl und Straßburg stattfindet, haben rund 600 Gruppen aus 33 Ländern zu Demonstrationen und anderen Protestaktionen an allen drei Tagungsorten aufgerufen. Die Polizei rechnet mit bis zu 20.000 Demonstranten. Auf deutscher Seite sind rund 15.000 Polizisten und 600 Bundeswehrsoldaten mobilisiert, auf französischer Seite mindestens 10.000 Polizisten und Gendarme.

In Straßburg ist für Mittwochnachmittag ein erste Demonstration von Gipfelgegnern geplant. Protestaktionen waren auch auf der Rheinbrücke zwischen Straßburg und Kehl vorgesehen. Die zentrale Abschlussdemonstration ist für Samstagnachmittag vorgesehen. Zu dem Gipfel werden Staats- und Regierungschefs aus 28 Ländern erwartet, unter ihnen US-Präsident Barack Obama. Gastgeber sind Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der französische Staatschef Nicolas Sarkozy.

Erste Großdemo

Mit der geplanten Großdemonstration in Straßburg steht die französische Polizei am Mittwoch vor ihrer ersten großen Bewährungsprobe. Nach langem Streit um Lage und Umfang eines Camps für Tausende von NATO-Gegnern vor den Toren von Straßburg, soll das Lager mit einer Kundgebung eröffnet werden. Es ist die erste Demonstration auf der französischen Seite des Rheins gegen den Gipfel. Die Veranstalter erwarten bis zu 500 Menschen.

Die Präfektur in Straßburg hatte die Kundgebung unter dem Motto "Solidarische Parade gegen den Sicherheitszirkus" genehmigt. Sie soll durch das Universitätsviertel bis in die Nähe des Bahnhofs führen. Das Ende des Protestes ist gegen 18.00 Uhr geplant.

Friedliche Demo in Freiburg

Die deutsche Polizei hat ihre Generalprobe bereits hinter sich: In Freiburg hatten am Montag zwischen 2000 und 2500 Menschen friedlich gegen das NATO-Gipfeltreffen demonstriert. Ein Protestzug durch die Innenstadt hatte sich am späten Abend nach mehr als dreieinhalb Stunden aufgelöst, ohne dass es zu größeren Zwischenfällen kam.

Aufgerufen hatte ein Bündnis verschiedener linker Gruppierungen. Bei dem zwei Tage dauernden Gipfeltreffen in Baden-Baden, Kehl (Ortenaukreis) und Straßburg feiern die Staats- und Regierungschefs das 60-jährige Bestehen des Militärbündnisses.
Erfolg der Anti-Konflikt-Teams

"Unser Konzept ist aufgegangen", zeigte sich der Inspekteur der Polizei in Baden-Württemberg, Dieter Schneider, zufrieden. Vor allem die rund 100 Polizisten der in Freiburg erstmals eingesetzten Anti-Konflikt-Teams hätten die Aktionen beruhigt und Ausschreitungen verhindert. Gleichzeitig habe die Polizei mit einem Großaufgebot an Beamten Stärke gezeigt. "Das Signal ist klar: Wir werden keine Gewalt dulden."

Nach Angaben von Landespolizeipräsident Erwin Hetger sind noch 17 weitere Demonstrationen rund um den Gipfel angemeldet. In Baden-Baden wollen die ersten Demonstranten an diesem Donnerstagabend vor dem Festspielhaus ihrem Ärger über das nordatlantische Bündnis Luft machen.

(AFP, dpa, N24)